

Marco Bülow
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Bürgerbüro Dortmund
Große Heimstr. 72, 44137 Dortmund
☎ (0231) 4766990
📠 (0231) 4766991
✉ marco.buelow@bundestag.de

Berlin, 18. Juni 2007

<http://www.marco-buelow.de>

Briefmonopol muss verlängert werden

Zur der einseitigen Öffnung des deutschen Postmarktes zum 1. Januar 2008 erklärt der Dortmunder SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow:

Eine Mehrheit der europäischen Wirtschaftsminister hat sich gegen eine rasche Abschaffung des Postmonopols für Normalbriefe bis 50 Gramm ausgesprochen. Das heißt, dass das deutsche Briefmonopol zum 1. Januar 2008 fallen wird.

„Ich bedaure sehr, dass es dem zuständigen Bundesminister Michael Glos (CSU) nicht gelungen ist, europaweit faire Wettbewerbsbedingungen für die Post durchzusetzen. Eine einseitige Öffnung des deutschen Postmarktes darf es nicht geben. Bei einem einseitigen Wegfall des deutschen Postmonopols wäre die Deutsche Post der Konkurrenz aus dem Ausland ausgesetzt, ohne selbst in deren Ländern investieren zu können. Schon heute leidet die Deutsche Post AG in Deutschland bereits unter zunehmend unfairen Wettbewerbsdruck, da viele der Konkurrenten sich Preisvorteile durch Dumpinglöhne, Minijobs und nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verschaffen.

Eine einseitige Öffnung würde zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führen und kann den Verlust von bundesweit über 30.000 Arbeitsplätzen bei der Deutschen Post bedeuten. Auch viele Beschäftigte der Dortmunder Post müssten dann um ihre Stellen fürchten.

Aus Sicht der SPD sollte das verbliebene Postmonopol in Deutschland erst dann wegfallen, wenn auch andere EU-Länder entsprechend han-

PRESSMITTEILUNG



Marco Bülow

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Bürgerbüro Dortmund
Große Heimstr. 72, 44137 Dortmund
☎ (0231) 4766990
📠 (0231) 4766991
✉ marco.buelow@bundestag.de

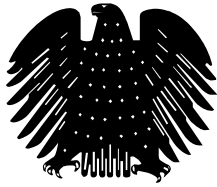
Berlin, 18. Juni 2007

<http://www.marco-buelow.de>

deln. Der vorgesehene Termin der Aufgabe des Monopols für Deutschland zum 1. Januar 2008 muss gesetzlich korrigiert werden. Ich halte es auch für notwendig, dass auch für die Postdienste Mindestlöhne eingeführt werden. Die Postdienste brauchen faire Arbeitsbedingungen. Sie sollten in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen werden, um so faire Mindestlöhne zu garantieren. Zudem sollten die Lizenzen für Postdienste dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die vorgeschriebenen sozial- und arbeitsrechtlichen Kriterien beachten.

In den letzten Monaten sind in Dortmund viele Postfilialen geschlossen worden, wie zum Beispiel die Schließung der Filiale in Kirchhörde. Viele Dortmunderinnen und Dortmunder sehen diese Entwicklung sehr kritisch. Immer mehr ist zu beobachten, dass der Weg zur Poststelle für viele Dortmunder immer weiter wird, auch immer mehr Zeit in Anspruch nimmt. Gerade für viele ältere Menschen ist das keine gute Entwicklung. Es ist zu befürchten, dass das Auslaufen der Exklusivlizenz der Deutschen Post Ende 2007 ein neues Filialsterben in Dortmund auslösen wird. Das muss unter allen Umständen verhindert werden.“

PRESSMITTEILUNG



Marco Bülow
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Bürgerbüro Dortmund
Große Heimstr. 72, 44137 Dortmund
☎ (0231) 4766990
📠 (0231) 4766991
✉ marco.buelow@bundestag.de

Berlin, 18. Juni 2007

<http://www.marco-buelow.de>

Schließung der Dortmunder Postfiliale zweifelhaft

Zur den Schließungen einzelner Filialen der Post in Dortmund, erklärt der Dortmunder SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow:

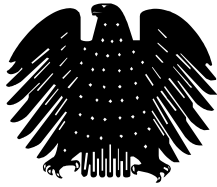
„Ich halte die Schließungen einzelner Postfilialen in Dortmund für problematisch. Bei der Schließung von Kleinfilialen ist zu beachten, dass sowohl das Einwohner-, wie das Entfernungs-, und das Flächenkriterium eingehalten wird. Ich habe meine Zweifel, ob das in einzelnen Fällen, wie zum Beispiel die Schließung der Filiale in Kirchhörde, wirklich geschehen ist.

Die Deutsche Post AG hat in den letzten Monaten Veränderungen in ihrem Dortmunder Filialnetz angekündigt. Zumeist geht es dabei um die Umwandlung bisher eigenbetriebener Filialen in Partnerfilialen und Agenturen, vor allem aber um die Schließung so genannter Kleinfilialen. Grundsätzlich kann die Post seit der Liberalisierung und Privatisierung das Filialnetz in eigener Verantwortung und Gestaltungsfreiheit betreiben.

Sie muss sich dabei allerdings an Vorgaben halten, die die damalige SPD-geführte Bundesregierung geschaffen und präzisiert hat. Der Deutschen Post obliegt es, sich gegebenenfalls um Partner, Geschäftsräume und Personal zu kümmern. Bei Umwandlungen, Partnerwechsel oder Verlagerung darf es im Regelfall keine Unterbrechungen geben.

Viele Menschen in Dortmund sehen diese Entwicklung sehr kritisch. Immer mehr ist zu beobachten, dass der Weg zur Poststelle für viele Dortmunder immer weiter wird, auch immer mehr Zeit in Anspruch nimmt. Gerade für viele ältere Menschen keine gute Entwicklung.

PRESSMITTEILUNG



Marco Bülow
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Bürgerbüro Dortmund
Große Heimstr. 72, 44137 Dortmund
☎ (0231) 4766990
📠 (0231) 4766991
✉ marco.buelow@bundestag.de

Berlin, 18. Juni 2007

<http://www.marco-buelow.de>

Die Umwandlung eigenbetriebener Filialen muss im Einzelfall betrachtet werden. Sie darf keinen Nachteil für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bedeuten. Der Wille des Gesetzgebers ist es, ein qualitativ hochwertiges Rückgrat des postalischen Angebots sicherzustellen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass das derzeitige Niveau erhalten bleibt. Dies gilt für die Zahl und das Leistungsangebot der Filialen ebenso wie für die werktägliche flächendeckende Brief- und Paketzustellung. Die SPD tritt auch dafür ein, den Kern der von der Post eingegangenen Selbstverpflichtung, etwa hinsichtlich der Zahl der Briefkästen, zu sichern. Es ist nach dem Grundgesetz Artikel 87 fortfolgende allein Sache des Gesetzgebers, den Leistungsumfang festzulegen. Dabei gehen wir von den der Bevölkerung im Zuge der Postreformen gemachten Zusagen ebenso aus wie vom Gemeinwohl und nicht von den Gewinninteressen der Post AG und ihrer Wettbewerber.

Wir werden im Beirat der Regulierungsbehörde nachfragen, auf welche Weise künftig die 5.000 eigenbetriebenen Postfilialen gesichert werden. Zu hoffen ist, dass die Post nicht wieder nach Wegen sucht, die gesetzlichen Vorgaben zu umgehen. Wir werden dies genau überprüfen lassen.

Vor allem müssen wir dafür sorgen, dass das Ende 2007 vorgesehene Auslaufen der Exklusivlizenz der Deutschen Post kein neues Filialsterben in Dortmund auslösen wird. Die Erbringung des Universaldienstes ist nicht an das Postmonopol gebunden, sondern leitet sich aus dem Grundgesetz ab. Der Pflichtkatalog der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) ist nicht an die Exklusivlizenz gebunden.“

PRESSMITTEILUNG